

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsstelle: Die Lebensversicherungsgesellschaft für Sachsen und Thüringen, am Hauptbahnhof, 2. Stockwerk, Leipzig, am 24. Mai 1924.

Programme: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nr.: Amt Leipzig Nr. 1924

Nr. 121

Sonnabend, den 24. Mai 1924

19. Jahrgang

Die Regierungsbildung.

Von Dr. Edig. M. d. R.

Im alten Reichstag konnte man zuletzt häufig wahrnehmen, daß einzelne Parlamentarier von Auf und selbst ganze politische Parteien das geradlinige Denken verlorren hatten; sie dachten und handelten in Kurven und Spiralen. Und zuletzt fand sich der ganze Reichstag aus den Irregungen nicht mehr heraus, in die er sich verannt hatte. Es scheint fast so, als hätten beim neuen Reichstag die Parteien und manche sogenannte politischen Führer schon vor dessen Zusammenritt das Denken in gerader Linie verlernt. Anders kann man sich die Behandlung der Frage der Regierungsbildung nur schwer erklären. Es ist erstaunlich, mit welchem Raffinement sich einzelne Kreise bemühen, diese an sich klar liegende Frage zu komplizieren. Der bevorstehende Zusammenritt des Reichstages läßt es deswegen geboten erscheinen, noch einmal alles verwirrende Beiwert bei Seite zu schieben und sich die gegebene Situation frei von allen parteitaktischen Nebenbetrachtungen zu vergegenwärtigen.

Die jetzige Reichsregierung hat in der zwichen allem und neuem Reichstag liegenden parlamentarischen Zeit noch innen und außen erklärt, daß sie die Sachverständigengutachten als geeignete Grundlage zu einer erträglichen Auseinandersetzung mit unseren Gegnern von gestern betrachtet und zur Mitarbeit auf dieser Grundlage bereit sei. Der Angelpunkt für unsere ganze Politik liegt in dieser Auseinandersetzung. Daraus ergibt sich als folgerichtiges Gebot für die Reichsregierung festzustellen, ob sie bei dieser ihrer grundsätzlichen Einstellung zu der Lebensfrage des deutschen Volkes die Mehrheit des neuen Reichstages hinter sich hat. Daß dies tatsächlich der Fall ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Reichstagswahlen haben keineswegs das Ergebnis gezeigt, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit keine solche Verständigung wolle. Die an sich klare Sachlage ist zunächst durch die Deutschnationalen getrübt worden insofern, als sie die Reichsregierung zum Rücktritt aufforderten. In diesem Schritt der Deutschnationalen lag eine maßlose Ueberhebung und völlige Verkennung der politischen und parlamentarischen Kräfteverhältnisse. Wenn in Frankreich Herr Herriot den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung verlangen würde, so hätte das Sinn, denn Herr Herriot hat hinter sich eine Mehrheit des Parlaments und des Volkes. Wenn aber Herr Herriot an die Reichsregierung die Aufforderung zum Rücktritt richtet, so hat er dazu nicht das geringste Recht, denn er hat keine Mehrheit hinter sich, und die Reichsregierung steht ihm im Reichstag auch sonst nicht von vornherein einer ihr feindlichen Mehrheit gegenüber. Die Reichsregierung wie bisher halb mit Fug und Recht das deutschnationalen Ansinnen zurück, und es schien so, als sei sie entschlossen, den einzig richtigen Weg zu gehen und den Reichstag sofort vor die Frage zu stellen, ob er die von ihr eingeschlagene Politik grundsätzlich billigt oder nicht.

Da kam die zweite Komposition der Lage, und zwar durch die Volkspartei, die in ihrer Reichstagsfraktion beschloß, den Anschluß nach rechts herzustellen. anstatt die Deutschnationalen vor die Entscheidung zu stellen, den Weg zur Mitte zu finden. Diese Haltung der volksparteilichen Reichstagsfraktion war umso bedauerlicher als damit die Stellung der Regierung, in der ja die Volkspartei ausschlaggebend vertreten ist, geschwächt werden mußte. Die Deutschnationalen hielten sich nun erneut für befugt, die Initiative zur Neubildung der Reichsregierung zu ergreifen und luden Volkspartei, Zentrum und bayerische Volkspartei zu einer Besprechung ein. Daß sie dabei die Demokraten ausschließen wollten, war nicht etwa eine auf dieser Seite so häufig zu dergleichenden taktischen Ungeschicklichkeiten und ungeschicklichen Taktlosigkeiten, sondern war der in blumper Form unternommene Versuch, die drei Regierungsparteien und damit die Regierung selbst auseinander zu mandrieren. Erfreulicherweise wurde das Gegenteil erreicht. Zentrum und Volkspartei brangen auf Hinzuziehung der Demokraten und legten ihren Verhandlungen mit den Deutschnationalen gemeinsame programmatische Festlegungen zu Grunde. So lag trotz der Extratour der Deutschen Volkspartei das Schwerkent der Entwicklung zunächst wieder bei den Regierungsparteien der Mitte. Vermutlich wird sich die Situation aber bis zum Zusammenritt des Reichstages noch mehrfach verschieben und verändern. Denn die Deutschnationalen behandeln auch die Personenfragen in denkbar ungeschickter Weise, indem sie Tirpitz als Reichstagskandidaten auf der Bildfläche erscheinen lassen, der von sich selber vor kurzem das Bekenntnis ablegte, daß er kein Wirken für das öffentliche Leben im allgemeinen als abgeschlossen betrachte. Im übrigen würde es ja auch nicht Sache des Herrn Herzog, sondern Sache des Reichspräsidenten sein, die Persönlichkeit des Reich-

kanzlers zu bestimmen. Allen solchen Machenschaften gegenüber muß einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden: der größte Teil des deutschen Volkes hat es satt, die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Regierung und über die Lebensfragen der deutschen Nation in parteitaktischen Verhandlungen vergetelt zu sehen. Das Gebot der Stunde ist die klare und einfache Tat. Die Reichsregierung hat die Verantwortungsfreudigkeit gehabt, die Sachverständigengutachten als Grundlage anzunehmen, sie muß aussharren und weiter den Mut zur Verantwortung dieser Politik auch vor dem neuen Reichstag haben, selbst ihren eigenen Parteien gegenüber. Besteht in den Reihen der Volkspartei das Bedürfnis, sich von einer Mittelpartei zu einer Rechtspartei zu entwickeln, so mag sie das in Gottes Namen tun, aber nur Klarheit muß geschaffen werden. Es geht auf die Dauer nicht an, daß hervorragende Mitglieder der Volkspartei im Wahlkampf und legt eine Politik im Kielwasser der Deutschnationalen treiben, während der volksparteiliche Führer und Außenminister an der Politik der Mitte festhält. Entweder — oder. Je stärker die parteitaktische Verwirrung der Lage wird, um so zwingender wird die Pflicht der Regierung, an der einfachen und geraden Linie fest zu halten, die für sie gegeben ist. Es ist nicht Aufgabe der Regierung, den Parteien auf allen möglichen und unmöglichen Seiten- und Irregungen zu folgen, sondern sie zu einer klaren Politik zu zwingen. Die Regierung wird Siegerin sein, die den Mut zur offenen parlamentarischen Entscheidungsschlacht hat. Die Regierung, die unentschlossen inmitten des Wirrwarrs der Parteien hin und her dandelt, wird sich binnen kürzester Frist in der Innen- und in der Außenpolitik vor einem Trümmerselde sehen.

Die Berliner Verhandlungen.

Herr Bälou als Reichstagskandidat genannt.

Berlin, 23. Mai. Die Verhandlungen der mittelparteilichen Parteiführer mit denen der Deutschnationalen über die Regierungsbildung dauerten bis kurz nach 2 Uhr und werden morgen vormittag 10 Uhr in gleichem Kreise fortgesetzt werden. Ein über die Verhandlungen von dem Beiter derselben ausgegebener Bericht besagt:

„Es fand eine eingehende Besprechung über die sachlichen Grundlagen einer gemeinsamen Regierungsbildung statt. Die Personenfrage wurde offen gelassen. Den Besprechungen lag eine von der Deutschen Volkspartei herrührende mit anderen Parteien besprochene Ausarbeitung zugrunde. Die Verhandlungen wurden allgemein als vertraulich bezeichnet. Insbesondere verpflichteten sich die Teilnehmer, die erwähnte Ausarbeitung einstweilen nicht zu veröffentlichen.“

Der Reichskanzler Marx wurde telefonisch zu den Verhandlungen hinzugezogen.

Wie in den Wandbelangen des Reichstages verlautet, ist neuerdings wieder von einer Reichstagskandidatur des Fürsten Bälou die Rede.

Tirpitz beim Reichskanzler.

Berlin, 23. Mai. Großadmiral v. Tirpitz gibt über seine Besprechung mit Reichskanzler Marx eine Information an die Reichspresse aus, wonach die Besprechung der Frage der Annahme des Expertengutachtens geglückt habe. Da Dr. Marx an der unbedingten Durchführung des Expertengutachtens festhalte, so sei die Besprechung ohne Resultat geblieben. Eine neue Besprechung des Großadmirals mit Dr. Marx sei nicht beabsichtigt.

Hochverratsverfahren gegen Kommunisten.

Berlin, 23. Mai. Der Oberreichsanwalt wollte gestern in Berlin. Sein Besuch galt dem vom Reichsgericht eingeleiteten Hochverratsverfahren gegen die kommunistische Parteileitung. Die Anklage soll sich gegen mehr als 50 Personen richten. Soweit die beschuldigten Mitglieder des Reichstages sind, wird die Regierung unmittelbar nach Zusammenritt des Reichstages die Genehmigung zur Strafverfolgung nachsuchen. Von drei Kommunisten heimlich überfallen.

Dessau, 23. Mai. Als in der vergangenen Nacht der Angeschuldigte Peterfen die Kavalleriebrigade entlang ging, begegnete ihm drei Leute, wie sich nachher herausstellte Kommunisten, die ihm den Stachelknüttel zerrißen. Peterfen erwiderte den Gruß und wurde unmittelbar darauf von den Kommunisten angegriffen und geschlagen. In der Notwehr zog er das Messer und hielt seine Angreifer vom Leibe. Dabei verletzte er einen Kommunisten lebensgefährlich durch einen Stich in den Unterleib.

Berlin, 23. Mai. Die radikalen Betriebsräte der Großberliner Industrie beschlossen gestern abend, am Tag des Wiederzusammentritts des Reichstages um 1 Uhr

aus den Betrieben zu gehen und für die Mitterregierung und die politische Amnestie zu demonstrieren.

Betriebsrätewahl:in bei der Reichsbahn.

Rückgang der kommunistischen Stimmen.

Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn, die in diesen Tagen stattgefunden haben, ergaben, soweit bisher Resultate vorliegen, das überraschende Ergebnis eines nicht unerheblichen Rückganges der kommunistischen Stimmen. In Halle erhielt der deutsche Eisenbahner-Verband (freigewerkschaftlich) 7972 Stimmen, der Allg. Eisenbahner-Verband (Hirsch-Dunder) 1938 Stimmen, der Gewerkschaftsbund der Eisenbahner (Christlich) 470 und die Vereinigte kommunistische Opposition 1248 Stimmen. Bei den Wahlen der Werkstättenarbeiter in Sachsen haben die Kommunisten 3448 Stimmen erhalten, und damit gegen das Vorjahr 1000 Stimmen verloren. Im Bezirk Oden (Frankfurt a. d. O.) war das Wahlergebnis folgendes: DGB. 5384, UGB. 1981, GDE. 290, Kommunisten 484. Am bemerkenswertesten ist der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Dortmund, wo der DGB. im Betriebsrat 40 Sitze, die GDE. 9 Sitze, der UGB. 3 und die Kommunisten nur 2 Sitze erhielten. In Königsberg i. Preußen, der bisherigen Hochburg der Kommunisten, erhielt der DGB. 8000, die Kommunisten dagegen nur 52 Stimmen. Auch in Weibitz und Berlin, besonders aber in Stichtenberg, dem bisherigen Rückhalt der Berliner Oppositionellen Eisenbahner, ist ein starker Rückgang der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen.

Erhöhung der Beamtengehälter am 1. Juni.

Berlin, 23. Mai. Mit dem 1. Juni tritt eine Erhöhung der Grundgehälter der Beamten auf 80 Prozent des Standes von 1913 ein.

Es wird darüber folgende amtliche Mitteilung ausgeben: Die mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 festgesetzten Goldmarkgehälter der Reichsbeamten mußten im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung zur Balancierung des Uebergangshaushaltes des Reiches derart niedrig gehalten werden, daß die Reichsregierung sie schon damals als nur für eine kurze Uebergangszeit tragbar erklärte. Eine gewisse Verbesserung erfolgte deshalb schon mit Wirkung vom 1. April 1924 ab, insbesondere auch mit Rücktritt auf die Steigerung der Renten. Diese Regelung trug aber den Lebensnotwendigkeiten der Beamten noch nicht ausreichend Rechnung, vielmehr blieben ihre Bezüge in den unteren Besoldungsgruppen noch um 25 Prozent, in den mittleren und höheren Besoldungsgruppen bis zu mehr als 50 Prozent hinter den Bezügen der Vorkriegszeit zurück. Wenn auch nach dem verlorenen Kriege von allen Teilen der Bevölkerung Opfer gebracht werden müssen, so erfordern es doch politische Notwendigkeiten, daß die mit der Erfüllung der Staatsaufgaben betrauten Beamten vor den größten wirtschaftlichen Sorgen geschützt werden müssen. Insbesondere sind auch die Opfer, die bisher nicht nur von den Beamten des unteren, sondern besonders auch von denen des mittleren und höheren Dienstes verlangt worden sind, so groß, wie bei kaum einen anderen Teil der Bevölkerung. Diese Verhältnisse sind jetzt nicht mehr tragbar, vielmehr drängen sie eine grundlegenden Veränderung zu, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch dieser Beamtenkreise und damit schwere Schädigungen für das allgemeine Staatswohl verhindert werden sollen. Mit Wirkung vom 1. Juni sollen daher die Grundgehälter auf 80 Prozent der Grundgehälter von 1913 umgestellt werden. Unter Hinzurechnung der sonstigen Zuschläge (Frauen- und Kinderzuschläge) nähern sich dann die Bezüge der betrachteten Unterbeamten mit mehreren Kindern denen von 1913, während die der Beamten in den mittleren und höheren Besoldungsgruppen auch unter Hinzurechnung dieser sozialen Zuschläge noch immer nicht unerheblich hinter den Vorkriegsbezügen zurückbleiben. Wenn diese Regelung auch noch nicht allen Wünschen der Beamenschaft Rechnung tragen mag, so muß doch andererseits beachtet werden, daß sie das teuerste darstellt, was bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches mit einer ordnungsmäßigen Haushaltswirtschaft vereinbart ist und wegen der sozialen Rückwirkung auf die Wirtschaft gerade noch verantwortet werden kann.

Die Stimme der Vernunft

Die Politik der Unterdrückung Deutschlands ist verfehlt.

London, 23. Mai. In einer gestern abend ausgegebenen Mitteilung drückt der Volksgewerkschaftsrat der Union für demokratische Kontrolle die Hoffnung aus, daß die französische und die deutsche Regierung den Dawesbericht annehmen würden. Der Ausschuss vertritt jedoch noch drücklich die Ansicht, daß die Politik und die Grundzüge